

gewiß war es der Höhepunkt in einer Serie umstrittener Todesschüsse bayrischer Sonderkommandos.

Das begann im Mai 1974 mit dem Tod des Taxifahrers Günter Jendrian, 24, in einer Schwabinger Wohnung. Jendrian, dessen Name zufällig bei Ermittlungen gegen mutmaßliche Anarcho-Sympathisanten aufgetaucht war, hatte die zivil gekleideten Beamten offenbar nicht auf Anhub als Polizisten erkannt, nur einen Türspalt geöffnet und obendrein eine Kleinkaliberflinte in der Hand. Diese Umstände langten: Die Beamten schossen, erst durch die Tür, dann gezielt auf den Mann.

In einer vergleichbaren Situation starb im Mai 1979 die als Terroristin gesuchte Elisabeth von Dyck, obschon die Beamten einen erheblichen Vorteil besaßen. Sie lauerten der Ahnungslosen im dunklen Flur ihrer konspirativen Wohnung in Nürnberg auf und hätten sie, wie später ein Kollege vom Bundeskriminalamt spottete, „in der Dunkelheit umarmen und ihr ein Busserl geben“ können. Statt dessen forderten die Superpolizisten „Hände hoch“ und schossen sofort, als die Überraschte, was anzunehmen war, nach einer Pistole griff.

Noch schneller hatten die SEK-Spezialisten wenige Tage zuvor beim Einsatz gegen einen einzelnen Bankräuber und Geiselnnehmer im niederbayrischen Landshut gefeuert. Der 27jährige Metzger Manfred Drindl ließ sich gerade das Lösegeld vorzählen, als die durch den Heizungskeller eingeschleusten Beamten unbemerkt zum Schalterraum vordrangen und sich vom Filialleiter den Mann zeigen ließen; bevor Drindl überhaupt reagieren konnte, war er schon tödlich getroffen.

Bemerkenswert auch das Aufgebot bei der Landshuter Aktion: hundert Beamte der örtlichen Polizei, 50 Sonderbeamte, eine Hundertschaft Bereitschaftspolizei, psychologischer Dienst und eine Verhandlungsgruppe vom Münchner Polizeipräsidium, ferner Techniker, Rotes Kreuz, Notärzte.

Der Angriffsgeist der Landeskriminalamtstruppe strahlt offenkundig auf die nichtspezialisierten Beamten in der Landeshauptstadt aus. „Bei den Münchner Polizisten sitzen“, kommentierte die „Süddeutsche Zeitung“, „die Pistolen lockerer als bei ihren übrigen Kollegen in Bayern.“ Das war im November 1975, nachdem eben mal ein Funkstreifenbeamter einen flüchtigen Autodieb erschossen hatte.

Da erwischte es, im Januar 1975, einen 18jährigen Kfz-Mechaniker, der nach einer Autojagd gestoppt worden war und einen verdächtigen „Griff in die Kniegegend“ riskierte; dann wieder traf es einen 24 Jahre alten Kraftfahrer, der nach einer Unfallflucht in der Wohnung gestellt wurde und laut Polizeiaussage auf die Beamten „mit einem länglichen, glänzenden Gegenstand“

losing — ein Löffel, wie sich zu spät erwies.

Einem türkischen Gastarbeiter, wegen Schnellfahrens angehalten, wurde zum Verhängnis, daß er, nach Erinnerung des Polizisten, stolperte, nach der Waffe des Beamten langte und einen Schuß auslöste. Ein Bulgare, der im Juli 1979 auf dem Weg vom Untersuchungsgefängnis zur psychiatrischen Untersuchung einen Fluchtversuch wagte, wurde von der Kugel eines Polizisten im Rücken getroffen.

Die Schießgewohnheiten der Polizei, SEK-Beamte eingeschlossen, wurden gelegentlich auch im bayrischen Parlament in Frage gestellt — und von Bayerns Innenministerium stets mit den gleichen Argumenten gerechtfertigt oder relativiert. Geschossen wurde demnach — bis auf einen Fall, in dem ein 33jähriger Polizeiobermeister zu neun Monaten Haft mit Bewährung verurteilt worden ist — immer nur, weil es in Notwehr „erforderlich und geboten“ war.

ISLAM

Wahre Quellen

Moslems in der Bundesrepublik fordern die staatliche Anerkennung als Kirche — mit dem Recht, Steuern einzutreiben. Diplomaten befürchten außenpolitische Spannungen, Gewerkschafter soziale Konflikte.

Unter Tage sieht der Gewerkschaftsboß schwarz. „Ich habe Angst davor“, sagt Adolf Schmidt, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, „daß religiös-fanatisierte Moslems und deutsche Bergleute aneinandergeraten.“ Im Revier, wo 20 000 Türken Kohle machen, drohe „eine Re-Islamisierung“. Schmidts Folge-

* In einer früheren Eckkneipe im Bahnhofsviertel.



Koranschule in Gelsenkirchen*: Arabisch mit dem Rohrstock

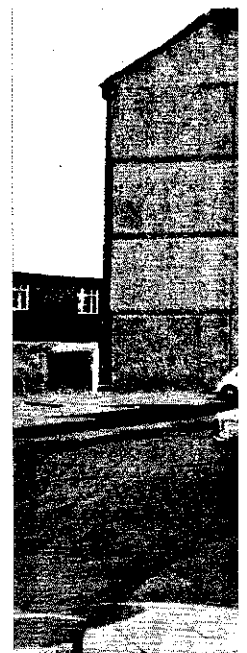
rung: Die Türken dürften vor Ort „nicht die Überzahl haben“.

So richtigen Zoff gibt es noch nicht bei den Kumpels, aber es herrscht dicke Luft. Mal weigern sich auf Zechen des Ruhrgebiets moslemische Türken, mit den ungläubigen Kollegen nackt in die Waschküche zu gehen, mal geben welche ihr Gewerkschaftsbuch zurück, weil ihnen der Koran auch fürs Arbeitsleben reicht. Schmidt: „Hodschas und Mullahs werden immer stärker.“

Der Prophet gilt neuerdings auch mehr in der Automobilindustrie. Im schwäbischen Sindelfingen beispielsweise hinderten moslemische Eiferer türkische Gewerkschafter daran, DGB-Zeitungen auszuteilen — sie nahmen Anstoß an der zu weltlichen Sicht des Blattes.

Die Sorge, daß die 1,4 Millionen Moslems in der Diaspora Bundesrepublik — darunter über 1,1 Millionen Türken und 1200 Deutsche — nur noch die Suren des Koran anerkennen, läßt deutsche Gewerkschafter schon einen „islamischen Staat im Staate“ befürchten — so Heinz Richter vom DGB-Bundesvorstand. Bald sei, warnte Richter-Kollege Karl Schwab in einem Brief an den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau, „ein offener religiöser Terror auf alle türkischen Staatsangehörigen“ nicht mehr auszuschließen.

Seit Chomeini im Iran den Schah vertrieben hat, sind auch in Westdeutschland, so Yilmaz Kaharazan, Ausländerreferent bei der IG Metall, „religiöse Dogmatiker auf dem Vormarsch“. Zum Träger der frommen Erneuerung fühlt sich vor allem die Süleymancilar-Bewegung berufen. Diese in der Türkei verbotene Sekte will, von Staats wegen, die rechtliche Gleichstellung mit den großen christlichen Kirchen und den jüdischen Kultusgemeinden erreichen. Angeschlossen haben sich auch die erzkonservative Nurd-



schuluk-Religionsgruppe, die eine Rückkehr zum Kalifen-System fordert, sowie die jugoslawischen Moslems mit etwa 120 000 Mitgliedern.

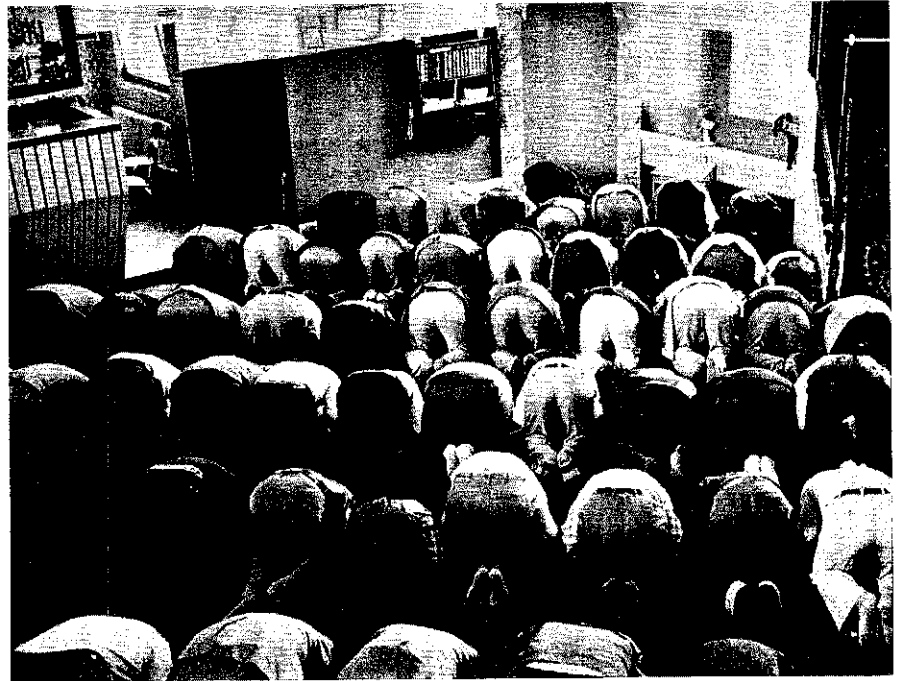
Überall in der Bundesrepublik haben die Süleymanli inzwischen ihre Moscheen und Gebethäuser, in einem alten Kino, wie in Duisburg-Bruckhausen, oder mit einem Stahlrohrturm als Minarett in der hessischen Stadt Allendorf — insgesamt 133 Gemeinden und 160 Gebethäuser. Das Mekka der Bewegung liegt am Rhein: das „Islamische Kulturzentrum Köln“, dem nach eigener Einschätzung „über 60 Prozent aller religiösen Gemeinden des Islam“ in der Bundesrepublik angehören.

Wie viele Sektenmitglieder es wirklich sind, bedauert Can Evcen, Sprecher der türkischen Botschaft in Bonn, „wissen wir auch nicht“. Wer als Staatsdiener in der Türkei die Lehren des Süleyman Hilmi Tunahan vertritt, „der fliegt raus“ — eine Art türkischer Radikalenerlaß.

Mit Tunahan (1888 bis 1959) geht es radikal rückwärts. „Gemäß diesem Orden“, so die türkische Enzyklopädie Meydan Larousse, „ist der Koran die einzige wahre Quelle“, er anerkennt daneben „keine andere Gesetzgebung und keine anderen Normen“. Frauen dürfen überhaupt nichts anderes als die 6236 Verse des Koran zu Gesicht kriegen, das lateinische Alphabet müsse wieder abgeschafft werden.

Im Westen machen die Süleymanli Politik mit Kindern. Ständig gehen 8300 kleine Moslems zwischen drei und zwölf Jahren, streng nach Geschlechtern getrennt, in Koranschulen der Tunahan-Jünger. Die Hodschas, die Katecheten, prügeln gelegentlich mit dem Rohrstock, wenn es mit dem Arabisch der Türken-Kinder nicht so hinhaut.

Bei solcher Art Religionsunterricht, so erklärte der Verband türkischer Lehrer in NRW, sei auch Propaganda für die faschistische MHP-Partei be-



Türkische Gastarbeiter beim Gebet*: Kirchensteuer für Moslems?

trieben worden. Die Bewegung, sagt Metalller Kaharazan, „gibt sich zwar unpolitisch — aber die extreme Rechte sitzt mittendrin“.

Der Haupt-Iman der Hamburger Süleymanli-Filiale, Harun Resit Tüylüoğlu, verteidigt die Koran-Kurse: Die Kinder würden doch nur „auf die Verrichtung der Gebete“ vorbereitet, und der auch vom Verfassungsschutz erhobene Vorwurf, sie seien Steuerungsstelle der Faschisten, sei unsinnig. Im Gegenteil: Den Süleymanli seien sogar schon von Moslem-Brüdern „zionistische Machenschaften“ unterstellt worden.

Das wäre sicher ein Märchen aus 1001 Nacht. Denn bei Gelegenheit läßt der Imam wissen: Sie hätten schon immer dafür gesorgt, „daß die dreckigen

Antlitze der Judendiener dem islamischen Volke präsentiert werden“.

Dieser „e. V.“, der sich auf dem Papier zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennt, will nun auch vom Türkenlande Nordrhein-Westfalen anerkannt werden — als Körperschaft des öffentlichen Rechts. Damit wären sie gemachte Moslems und nach nach den beiden großen christlichen Kirchen Sprecher der drittgrößten Religionsgemeinschaft.

Die Muselmanen könnten nämlich von ihren „Konfessionsgenossen“, so das zuständige Kultusministerium in Düsseldorf, „Kirchensteuern aufgrund eigener Steuerverordnungen“ erheben — und die staatlichen Finanzverwaltungen müßten das Geld eintreiben.

Die Ministerialen, die einen einschlägigen Gesetzentwurf für den Landtag vorbereiten, sehen sich vor „völligem Neuland“; sie wissen nicht, ob die Süleymanli nun tatsächlich die Weltreligion Islam in Deutschland repräsentieren oder ob es sich um eine radikale Minderheit handelt. Jedenfalls haben die Moslems eine brauchbare Lobby. Die katholischen „Ökumenischen Kontaktstellen für Nichtchristen“ machen sich für die Moslem-Gruppe stark, und sogar Freimaurer, wie die Loge „Vorwärts“, drängen Ministerpräsident Johannes Rau, „das Anerkennungsverfahren unserer Mitbürger zu beschleunigen und positiv zu entscheiden“.

Könnte sein, daß der Prophet in Bonn nicht so gern gesehen wird. Die deutsche Botschaft in Ankara hat das Auswärtige Amt bereits gewarnt, und der DGB befürchtet „ernste außenpolitische Schwierigkeiten“.

* In Mülheim/Ruhr.

